

Hallo Hannover! Wir freuen uns, dass ihr hier seid!

In den vergangenen Wochen haben Millionen von Menschen auf zahlreichen Demonstrationen gegen die Vertreibungspläne der Alt- und Neonazis protestiert. Das Potsdamer Treffen hochrangiger AfD-Politiker:innen, Mitglieder der Werte-Union, bekennender Neonazis und finanzstarker Unternehmer war ein Weckruf: Ein Weckruf für eine beeindruckende Mobilisierung gegen die Pläne der AfD und zur Verteidigung der Demokratie. Das hat uns gestärkt und unsere Entschlossenheit gezeigt:

Wir wollen keinen völkischen Nationalismus!

Wir stehen in Solidarität gegen diejenigen, die uns spalten und ausgrenzen wollen!

Wir lassen nicht zu, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder Herkunft diskriminiert und vertrieben werden!

Sämtliche demokratische Parteien im Bundestag haben das rechtsextreme Geheimgespräch in Potsdam scharf verurteilt. Das ist ermutigend! Auch die CDU hat sich von den christdemokratischen Teilnehmern des Potsdamer Treffens klar distanziert und Parteiausschlussverfahren gegen sie angestrengt. Diese klare Absage und Grenzziehung der Konservativen gegenüber dem völkischen Nationalismus der AfD ist wichtig und wertvoll.

Gleichzeitig hat die CDU jedoch in den letzten Monaten die Angriffe auf das Asylrecht und Geflüchtete verstärkt. Heute stellt der CDU-Bundesvorstand in Hannover seinen Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vor. Dieser Programmentwurf begeht einen Tabubruch: Erstmals seit Verabschiedung des Grundgesetzes stellt die CDU das Grundrecht auf Asyl grundsätzlich in Frage. Die CDU fordert einen "grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts" und möchte das Asylrecht in Europa faktisch abschaffen. Schutzsuchende sollen nach den Vorstellungen der CDU in „sichere Drittstaaten“ abgeschoben werden. Sie sollen dort ihr Asylverfahren durchlaufen und nach positiver Entscheidung auch dort bleiben! Dies ist ein direkter Angriff auf das Grundrecht auf Asyl! Die CDU übernimmt damit 1:1 das menschenverachtende Ruanda-Modell der britischen Tories.

„Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen“, heißt es in Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Diese wurde vor 75 Jahren – noch unter dem Eindruck der Erfahrungen im Faschismus - verabschiedet. Flucht ist oft ein Akt der Verzweiflung: Wer in Not ohne Dokumente oder Visum die Flucht antreten muss und Grenzen ohne gültige Papiere überschreitet, darf dafür laut der Genfer Flüchtlingskonvention nicht bestraft werden.

Millionen von Menschen wurden während der Zeit des Nationalsozialismus von den Faschisten verfolgt, gequält und ermordet. Hunderttausende suchten ihr Heil in der Flucht. Sie hätten gerettet werden können, wenn es in den Nachbar- und Überseeländern eine organisierte Rettungspolitik für die Verfolgten des Naziregimes gegeben hätte. Bekanntlich schlossen die meisten Länder jedoch ihre Grenzen bis auf einen Spaltbreit. Sie wiesen Flüchtlinge ab und überließen die Verfolgten ihren Häschern.

Es schockiert und empört uns, dass die CDU-Parteiführung die Konsequenzen aus den Erfahrungen aus Krieg und Verfolgung heute nicht mehr gelten lassen will: Wir appellieren an alle CDU-Mitglieder, die Lehren aus der deutschen Geschichte nicht einfach über Bord zu werfen! Wir appellieren an die CDU, an einer werteorientierten Politik festzuhalten, zu der notwendigerweise auch das Bekenntnis zum Asylrecht gehört. Dies erfordert – auch sprachlich – eine klare inhaltliche

Grenzziehung gegenüber der AFD: Wenn zum Beispiel der CDU-Politiker Jens Spahn öffentlich erklärt, er wolle Schutzsuchende an den Grenzen „notfalls mit physischer Gewalt“ aufhalten, ist ein Unterschied zur AFD nicht mehr zu erkennen: 2016 hatten die AfD-Politikerinnen Petry und von Storch erklärt, an der Grenze „notfalls“ auf Flüchtlinge zu schießen. Das ist die gleiche, beunruhigende, menschenverachtende Tonlage!

Das Problem ist, das sei an dieser Stelle gesagt, nicht nur die CDU: Die öffentliche Debatte um Migration und Geflüchtete hat sich im vergangenen Jahr in allen Parteien gefährlich verändert. Statt von Schutzsuchenden ist in der Diskussion nur noch von „irregulärer Migration“ die Rede. Schutzsuchende sind jedoch nicht „irregulär“: Sie nehmen ein verbrieftes Grundrecht in Anspruch, für das es ein organisiertes Verfahren gibt.

Vor einigen Wochen hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit markigen Worten über die Titelgeschichte des Spiegel die Botschaft ins Land sendet: „Wir müssen endlich in großem Stil abschieben“. Mit solchen Tönen schielt Scholz offenkundig auf Zustimmung aus dem Lager der AFD. Er stärkt und bestätigt damit unmittelbar die Perspektive der Rechtsextremen. Auch Sigmar Gabriel, ehemaliger Ministerpräsident und Außenminister, lange Zeit auch Parteivorsitzender der SPD, hat das Asylrecht öffentlich angegriffen und seine Abschaffung gefordert.

Mit der sogenannten GEAS-Verordnung hat die im Bund regierende Ampel-Koalition zugestimmt, dass zukünftig Schutzsuchende ohne eine inhaltliche Prüfung ihres Asylantrags in außereuropäische Nachbarländer abgeschoben werden können. Diese Nachbarländer müssen weder die Genfer Flüchtlingskonvention noch die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet haben. Grenzlager, Pushbacks und andere menschenrechtswidrige Praktiken an den europäischen Außengrenzen werden so erleichtert und legitimiert!

Die wenigen Beispiele verdeutlichen eines: Um die Menschenrechte ist es in Deutschland und Europa derzeit nicht gut bestellt. Sie werden relativiert, ihre unbedingte Geltung wird zunehmend in Frage gestellt: Es heißt dann, sie seien „realitätsfremd“ oder „nicht umsetzbar“. Das Gegenteil ist der Fall: Wer Menschenrechte verteidigt, verteidigt die Demokratie! Wer Menschenrechte in Frage stellt, greift unsere Verfassung an! Verfassungsfeinde gibt es offenkundig nicht nur bei der AFD! Wenn wir akzeptieren, dass die Menschenrechte, und sei es auch „nur“ für kurze Zeiträume oder bestimmte Gruppen, außer Kraft gesetzt oder relativiert werden, verlassen wir damit den Boden des Grundgesetzes und gefährden unsere Demokratie.

Darum fordern wir heute hier alle Teilnehmenden der CDU-Regionalkonferenz auf: Verteidigen Sie die 75-jährige Tradition des Asylrechts!

Jean Jaurès, ein französischer Politiker, hat einmal gesagt: „Tradition ist die Weitergabe des Feuers, nicht die Anbetung der Asche.“ Die Erkämpfung des Menschenrechts auf Asyl hat viele Opfer gekostet. Wer den Opfern des Faschismus gerecht werden will, muss sich auch mit dieser Konsequenz aus den Erfahrungen von Krieg und Verfolgung auseinandersetzen. Wer vom Asylrecht nichts mehr wissen will, sollte auch vom Faschismus schweigen. Zum 75-jährigen Bestehen des Grundgesetzes wünschen wir uns keine feierlichen Erinnerungsrituale, sondern eine Politik, die die Geschichte als Verpflichtung begreift:

Verteidigt die Menschenrechte! Verteidigt das Grundrecht auf Asyl! Herzlichen Dank!